

(Abgeordneter Dr. Menke-Glückert.)

(A) des allgemeinen Arbeiterstreiks an den notwendigen Hilfsmitteln: Gas, elektrisches Licht, gegebenenfalls Wasser, Nahrungsmitteln usw. fehlt. Die Polikliniken müssen deswegen geschlossen werden. Wegen der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse müssen bedauerlicherweise nicht bettlägerige Kranke nach Möglichkeit entlassen werden. — Das sind die Tatsachen, und was hat die „Leipziger Volkszeitung“ aus diesen Tatsachen gemacht? Es klebte sehr bald darauf an allen Plakatsäulen Leipzigs ein Plakat, das überschrieben war: Eine frivole Verleumdung an der Menschheit! Es hieß darin:

Die Ärzte von St. Jakob haben Donnerstag mittag auf das Kommando des Bürgerausschusses ihre Tätigkeit eingestellt. Sie beugten sich aber nicht damit, sondern sie warfen noch, bevor sie fortgingen, einen großen Teil der kranken Patienten hinaus, unbekümmert darum, was aus ihnen werden sollte. Unter den Patienten befanden sich Leute, die sich kaum auf den Beinen halten konnten und die nach kurzer Zeit auf der Straße zusammenbrachen.

Weiter:

Es ist eine ganze Parade, die mit Kranken besetzt war, zwangsweise geräumt worden, ohne daß vorher eine gründliche Untersuchung stattgefunden hat.

Diese ganze Darstellung ist nach der Erklärung der Ärzteschaft von A bis Z wieder eine Entstellung der Tatsachen. Die Volkszeitung sollte für ähnliche Geschichten eigentlich den Untertitel bringen: Märchenerzählungen. Sie leistet in dieser Hinsicht ganz besonders Erleuchtliches. Am Sonnabend sind die Ärzte zusammengetreten und haben zur Besprechung einen Vertreter der Volkszeitung eingeladen. Dieser hat an den Beratungen teilgenommen, und er mußte selbst erklären, nach den Versicherungen, die ihm die Ärzte gaben, sehe er ein, daß die Ärzte bei der Entfernung gewisser Kranker so hätten handeln müssen, wie sie gehandelt haben, und er versprach, in dem Sinne auf die Redaktion einzuwirken. Meines Wissens ist aber bis heute keine Verichtigung dieser Darstellung erschienen.

(Hört, hört!)

Alles das, was ich dargestellt habe, drängt nun zu der Frage: Wohin soll das Treiben in Leipzig führen? Wohin sollen wir kommen, wenn Gotha, wenn Braunschweig, wenn Leipzig sich womöglich als selbständige Republiken erklären und in Oppositionen zu Dresden und zum Reiche treten? Wer kommandiert eigentlich bei uns in Sachsen? Die Dresdner Regierung oder die Leipziger Streikleitung? Man weiß es wirklich beim besten Willen nicht mehr.

Vielleicht darf ich hier die Gelegenheit benutzen, um einen kleinen Zwischenruf zu behandeln, den ich neulich dem Kollegen Lipinski machte. Ich bedauere,

daß er nicht hier ist. Ich rief ihm neulich zu: Rußland! und er entwarf daraufhin eine lange Schilderung. Er erzählte uns, daß Rußland ein Agrarstaat und Deutschland ein Industriestaat sei, daß das Gemeindegut dort „Mir“ heiße usw. Der Herr Abgeordnete Lipinski sollte die Volkskammer doch nicht mit einer Volksversammlung verwechseln. Er sollte ihren Mitgliedern so viel Bildung zutrauen, daß sie über die volkswirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland einigermaßen unterrichtet sind,

(Abg. Menke [Dresden]: Na, na!)

vielleicht sogar etwas eingehender, lieber Namensvetter Menke, als Sie es sind. Was ich mit dem Zwischenruf sagen wollte, war folgendes: Ist es erlaubt, daß eine kleine Minderheit durch Terror die große Majorität zu Boden schlägt und in jeder Hinsicht vergewaltigt?

(Zurufe bei den Unabhängigen.)

Das ist die Frage, um deren Beantwortung es sich handelt. Das steht allein zur Debatte. Das ist das, was die Unabhängigen immer wieder tun. Weil man sich dem Mehrheitspruche nicht fügen will, stellt man sich in scharfe Opposition zur Regierung. Weil man keine Aussicht hat, daß die Sozialisierung im Reiche so schnell geht, wie man will, beginnt man mit ihr in einem Einzelstaate. Man bekennt sich zur Einheitsrepublik und hebt den Gedanken der Einheit immer wieder hervor, aber man knüpft dieses Bekenntnis an sehr weitreichende Bedingungen. Diese einheitliche Republik muß so gestaltet sein, wie man sie sich wünscht. Ist das nicht der Fall, dann wird man partikularistisch und droht mit Experimenten, die die Einheit wieder aufheben. Das war neulich das Interessante an der Rede des Herrn Kollegen Fleißner: der vordere Teil war ein Bekenntnis zum Einheitsstaat, der zweite Teil war ein Bekenntnis zum Partikularismus.

(Sehr richtig! rechts.)

Herr Lipinski sagte offen: Man darf die Revolution fortführen, wenn sich Widerstand entgegenstellt. Das heißt, man proklamiert den Grundsatz der rohesten Gewalt, man proklamiert den Kampf aller gegen alle.

(Zwischenrufe.)

Präsident (unterbrechend): Ich bitte doch die Zwiesprache zu unterlassen; das führt zu nichts Gutem.

Abgeordneter Dr. Menke-Glückert (fortfahrend): Man kommt zu Zuständen, wie sie Hobbes in seiner Philosophie uns von den Zuständen im Natur-